

Die kirchliche Bedeutung Münsters im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert

Von Robert Stupperich, Münster

1. An der Wende zum 19. Jahrhundert sah sich Münster bereits im Einflußbereich Preußens. Es war jedoch selbst einem Franz v. Fürstenberg nicht sicher, ob, wie er sagte, „Preußen Absichten auf uns hat in der jetzigen Lage“¹. Wie es aber schon aus seinem Brief vom 21. 6. 1799 hervorging, war er bald überzeugt: „Von Preußen müssen wir uns nichts versprechen“².

Im Geheimvertrag vom 10. Oktober 1801 waren Napoleon und Zar Alexander übereingekommen, eine Neuordnung Deutschlands zu treffen. Als die Reichsdeputation am 24. August 1802 den französisch-russischen Plan vorgelegt bekam, wußte noch niemand, welche Folgen er haben würde. Da Frankreich im Frieden von Lunéville das linke Rheinufer erhalten hatte, konnte eine Entschädigung der betroffenen deutschen Reichsfürsten nur durch Säkularisation geistlichen Besitzes erfolgen. Das Bestehen geistlicher Fürstentümer mußte nach einer fast tausendjährigen Geschichte aufhören. Der genannte Plan wurde mit einigen kleinen Abänderungen zum Hauptschluß gebracht, und der Reichstag ratifizierte den Beschluß am 27. April 1803. Was in politischen Kreisen schon lange zuvor bekannt war, stand nun endgültig fest: die Stadt Münster und das östliche Münsterland kamen als Entschädigung für das verlorene Kleve zu Preußen.

Die Inbesitznahme erfolgte schon früher³. Während in Münster die Wahl des neuen Bischofs und Landesherrn, des Erzherzogs Anton Victor von Österreich, gefeiert wurde, traf beim Domkapitel am 28. Juli 1802 ein Schreiben des preußischen Königs Friedrich Wilhelms III. ein, in dem er Geistlichkeit, Ritterschaft und alle Bewohner von Stadt und Land seiner königlichen Gnade und geneigten Willens versicherte. Der König teilte die Bestimmungen des Friedens von Lunéville vom 9. 2. 1801 mit, forderte die Bevölkerung auf, ihn als rechtmäßigen Landesherrn anzusehen, ihm Gehorsam und Treue zu beweisen und die Erbhuldigung zu leisten. Die Beamten sollten vorläufig in ihren Ämtern verbleiben. Auf dieses Schreiben hin protestierte das Domkapitel in Berlin und bei dem in Lingen stehenden Gen.-Lt. von Blücher. Fürstenberg reiste sofort zu seinem Bruder, dem Fürstbischof von Hildesheim, um sich mit ihm zu beraten.

¹ E. Marquardt, Fürstenberg über die politischen und militärischen Ereignisse seiner Zeit (Westfalen 33, 1955, S. 69).

² Ebd. S. 72.

³ Jb. 4, 1902, S. 8.

Dessen ungeachtet zog Blücher am 3. August 1802 – es war der Geburtstag des Königs – durch das Neutor in Münster ein, um die Stadt für Preußen in Besitz zu nehmen. Bald darauf kam als Verwaltungsbehörde die Kriegs- und Domänenkammer von Kleve nach Münster. Am 27. September 1802 traf ihr Präsident Frhr. vom Stein ein, der die Geschäfte gleich in die Hand nahm.

In der Folgezeit war Münster von Säkularisations- und Entschädigungsverhandlungen erfüllt. Preußen verfuhr zwar bei diesen vorsichtiger und milder als andere Staaten, aber im Lande, vor allem beim Adel und beim Klerus schlich sich ein tiefes Mißbehagen ein. Karl von Kerssenbrock, letzter Abt von Liesborn, schrieb in sein Tagebuch: „Es herrscht in Münster eine fürchterliche Stille und Melancholie...“⁴ Noch genauer kennzeichnet die Lage der Frhr. vom Stein selbst: „Man bemerkt“, so schreibt er, „mehr Niedergeschlagenheit, trübes Hinschauen in die Zukunft als Unwillen und Widersetzlichkeit. Der Adel fürchtet den Verlust seines politischen Daseyns, seines Ansehens, seiner Stellen, die Geistlichkeit sieht ihrer gänzlichen Auflösung entgegen, der große Haufe ist beunruhigt über Abgaben, Accise und Conskription und fürchtet auch mitunter für seine Religion.“ Immerhin hoffte Stein, daß „bei diesem ernsthaften, nachdenkenden und redlichen Volk (die Voreingenommenheit) sich mit der Zeit verlieren werde, wenn man ihm Zutrauen und Achtung zeigt“⁵.

Bereits in den ersten Tagen seines Aufenthaltes in der Stadt trat Stein dafür ein, daß Münster Mittelpunkt des preußischen Westfalen werden müsse⁶. Die Stadt sollte zum geistigen und wirtschaftlichen Schwerpunkt von ganz Westfalen werden. „Münster“, so heißt es in Steins Brief an Sack vom 22. Oktober 1802, „als gebildeter Ort verdient den Vorzug vor Hildesheim und dem kleineren uncultivierten Paderborn“⁷. In Münster sollte nicht nur das Bistum erhalten bleiben, sondern vor allem auch die Universität, für deren Ausbau Stein schon einen großen Plan entwarf⁸. Aber das war vorläufig nur ein Projekt.

In kirchlicher Beziehung ergaben sich für die Stadt Münster sogleich einige Neuerungen. Seit den Tagen Christoph Bernhards von Galen gab es in Münster – mit wenigen Ausnahmen wie Johann Georg Hamann – keine Evangelischen mehr. Nun standen mit einemmal an der Spitze der Militär- wie der Zivilverwaltung zwei evangelische Männer, die ihren kirchlichen Sinn sehr deutlich bekundeten⁹.

⁴ Ebd. S. 15.

⁵ Zs. Westfalen 15, 1930, S. 7.

⁶ Ebd. S. 8.

⁷ Stein an Sack am 22. 10. 1802.

⁸ Stein an Sack am 5. 10. 1802; Steinausgabe 1, S. 755.

⁹ E. Botzenhardt, Der Frhr. vom Stein als evangelischer Christ (Jb. 46, 1953, S. 224 ff.), und

Blücher brauchte für den ev. Militärgottesdienst eine Kirche. Als ihm Fürstenberg die Clemens- und die Minoritenkirche zur Wahl stellte, entschied er sich für die kleine Clemenskirche (damals Kirche der barmherzigen Brüder genannt). Dort fand am 5. September 1802 der erste ev. Gottesdienst statt, den Pfarrer Wülfing aus Hamm für Soldaten und Zivilisten hielt. Als aber ein Infanterieregiment nach Münster gelegt wurde und der Aufbau einer ev. Gemeinde unter dem Garnisonprediger Blumenthal begann, gingen die Dinge nicht mehr ganz reibungslos weiter. Bekannt ist der Konflikt zwischen dem Freiherrn vom Stein und Fürstenberg um die Abendmahlsgeräte der Schloßkapelle. Dieser erklärte, er dürfe geweihte Kelche den Protestanten nicht aushändigen. Darauf reagierte Stein sehr zornig und Fürstenberg lenkte ein. Der Streit war bald behoben. Der Öffentlichkeit wird es nicht bewußt geworden sein, daß das Nebeneinander der Konfessionen mit einem Dissensus begann. Immerhin ergaben sich gelegentlich kleine Schwierigkeiten. Als die Clemenskirche für den ev. Gottesdienst nicht mehr ausreichte, wurde später die Dominikanerkirche bereitgestellt, die ebenso wie andere Klosterkirchen für den katholischen Kultus kaum noch benutzt wurde. Manchmal war es aber doch der Fall. Der ev. Karfreitagsgottesdienst 1803 mußte daher in der Universitätsaula gehalten werden. Durch königliche Kabinetsordre vom 25. Januar 1804 wurde daraufhin die Minoritenkirche der ev. Militär- und Zivilgemeinde übereignet. Damals wurde die Kirche mit Emporen und neuem, weiß gestrichenem Gestühl versehen¹⁰, für die Bürger eine Sehenswürdigkeit.

Blumenthal arbeitete ein Memorandum aus, dem Stein eine Reihe praktischer Hinweise hinzufügte. Dieses wurde über die Organisationskommission in Hildesheim dem König eingereicht. Es enthielt u.a. folgende Punkte¹¹:

1. Die Minoritenkirche als ev. Stadt- und Garnisonkirche zu verwenden.
2. Eine reformierte Pfarrstelle zu begründen und die lutherische mit der des Garnisonpfarrers zu verbinden.
3. Militär- und Zivilgemeinde vereinigt zu lassen.
4. Die Gemeinden ausreichend zu dotieren.
5. Einen ev. Friedhof zu beschaffen.
6. Ev. Elementarschulen zu gründen.

Auf die Nachricht, daß wohlhabende Holländer sich in Münster niederlassen wollten, wenn dort eine reformierte Gemeinde begründet würde, bestimmte der König, daß in diesem Falle „zum Prediger dabei

K. Burgbacher, Verdienste des Frhr. vom Stein um die Begründung der evangelischen Gemeinde Münster (Jb. 32, 1931, S. 3 ff.).

¹⁰ Burgbacher, ebd. S. 8.

¹¹ Ebd. S. 11.

ein solches Subjekt zu wählen, welches bei der Kammer in Kirchen- und Schulsachen zu gebrauchen“ wäre¹². Die Kommission in Hildesheim hielt es aber nicht für nötig, auf diesen Plan einzugehen, bevor konkrete Angaben über diese Einwanderer vorlägen.

Steins praktischer Sinn richtete sich auf konkrete Einzelheiten bei Begründung von Gottesdiensten, Einrichtungen der ev. Gemeinden und der geistlichen Bildung. Dabei mußte er wie die Kommission darauf sehen, daß möglichst sparsam gewirtschaftet wurde. Wenn Professor Möller aus Duisburg eine Ratsstelle im Konsistorium erhielt, sollte er zugleich in der Philosophischen Fakultät Ästhetik und Eloquenz lehren¹³. Die Stelle des Konsistorial-Assessors sollte mit der neuen lutherischen Pfarrstelle verbunden werden usw.

Als Stein Ende des Jahres 1804 als Minister nach Berlin ging, konnte er zwar kurz zuvor Vincke als Kammerpräsidenten in Münster einführen. Aber die folgenden politischen Ereignisse vereitelten die Durchführung seiner weitgehenden Pläne. Auch sein kirchliches Programm konnte nicht mehr durchgeführt werden. Eine vermutlich vom Domdechanten v. Spiegel verfaßte Denkschrift vertrat noch Steins These, in Münster ein großes kirchliches Zentrum zu schaffen¹⁴. Seine Einrichtungen würden den katholischen Adel Westfalens nach Münster ziehen und dauernd für die Regierung gewinnen¹⁵. Spiegel, der ebenso für Steins Universitätspläne eintrat, bejahte auch die Frage, ob an dieser Universität auch protestantisch-theologische Studien „etabliert werden könnten“¹⁶.

Von Napoleon niedergeworfen, verlor Preußen im Tilsiter Frieden 1807 alle seine westlichen Besitzungen. Im Königreich Westfalen aber, das Napoleons jüngster Bruder Jérôme erhielt, wurde das geschichtliche Herkommen nicht geachtet. Münster lag außerhalb und verlor damit seine zentrale Position. Die Kirchen in Münster vegetierten dahin, ohne die Möglichkeit zu haben, der durch Requisitionen völlig verarmten Bevölkerung auch nur in geringem Maße beizustehen.

¹² Ebd. S. 10.

¹³ Ebd. S. 12. E. Hegel, Geschichte der Kath.-Theol. Fakultät der Univ. Münster, Münster 1966, S. 90: Da die Bevölkerung sich ablehnend verhielt, unterblieb damals die Verwirklichung des Plans.

¹⁴ R. Wilmanns, Der Frhr. vom Stein und die Organisation der Erbfürstentümer Münster und Paderborn (1802/1804) (Zs. f. Preuß. Gesch. u. Landeskunde 10, 1873, S. 659–684).

¹⁵ Ebd. S. 665.

¹⁶ Kochendörffer, Vincke und Spiegel zur Frage der Westf. Univ. 1805 (Westfalen 16, 1932, S. 159 f.): „Was hätte es bedeutet, wenn der Plan einer interkonfessionellen theologischen Fakultät, den Spiegel mit Nachdruck vertrat, verwirklicht worden wäre?“ Der König widersprach Stein in einer Kabinettsordre vom 12.4.1804. Das Ministerium war daher für zwei getrennte Fakultäten. Vgl. E. Hegel, a. a. O., S. 95 f., W. Lippgens, F. A. Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat (1789–1835), I, Münster 1965, S. 97 f.

Erst der Abschluß der napoleonischen Kriege sollte in dieser Beziehung einen vollen Umschwung bringen. Ludwig Frhr. von Vincke wurde zum Zivilgouverneur und dann zum Oberpräsidenten der 1815 neugebildeten preußischen Provinz Westfalen ernannt. Seit seiner Jugend führte er Tagebuch, so daß seine Auffassung der Ereignisse und Erlebnisse dieser Jahre dort abgelesen werden kann¹⁷. Als Student in Marburg von Jung-Stilling beeindruckt, hat dieser tiefgläubige Mann während eines Menschenalters in Münster und in ganz Westfalen seine Spuren hinterlassen. Die Art, alles selbst nachzuprüfen, die er schon als Landrat in Minden geübt hatte, behielt er in seinem größeren Amte in Münster bei. Trotz seiner Milde und Toleranz war seine Amtszeit dennoch von starken Spannungen und Gegensätzen erfüllt.

2. Als überzeugtem Preußen lag es Vincke daran, westfälische Art mit dem Preußentum zu verbinden. In Münster sollte er erfahren, wie schwer dieses Unterfangen war. Vincke lehnte an der Akademie, diesem Rest der einstigen Universität, selbst bei Berufungen in die Theologische Fakultät den bischöflichen Einfluß ab. Welche Folgen der Gegensatz von Staat und Kirche hier hatte, zeigt der „Fall Hermes“. Von da fällt ein Schlaglicht auf die kirchenpolitische Lage¹⁸. In Münster herrschte, bestimmt durch den konfessionellen Gegensatz, der im Zeitalter der Romantik wieder anwuchs, eine antipreußische Stimmung. Man ertrug es in Münster schwer, von Berlin regiert zu werden. Annette von Droste-Hülshoff gab dieser Stimmung Ausdruck, als sie 1838 an Wilhelm Jungmann schrieb: „Kein Westfale vermag etwas in seinem eigenen Lande, und sein etwaiger Einfluß ist immer ein auswärtiger“¹⁹. „In diesem Geiste war sie aufgewachsen und hörte in ihrer Umgebung nur diese Meinung. Dazu kam der starke Einfluß der romantischen Bewegung, die dazu führte, das Althergebrachte kritiklos zu verherrlichen. In diese Jahre fielen die Kölner Wirren, die Vinckes Lebenswerk beinahe wieder in Frage stellten. Münster war von ihnen zwar nur mittelbar betroffen, nahm aber während des Konfliktes eine strengere Haltung ein als selbst Köln²⁰. Vincke suchte die Spannungen auszugleichen, wo er nur konnte. In Münster bemühte er sich darum, frühere fürstbischöfliche Beamte als Mitarbeiter zu gewinnen. Er stand nicht nur in freundschaftlichen Beziehungen zum Domdechanten Grafen Spiegel, auf seiner Seite standen auch die geheimen Räte Forckenbeck und Druffel, ebenso der

¹⁷ Vgl. Stenger, Frhr. L. von Vincke, sein religiöses Denken und soziales Handeln (Jb. 27, 1924, S. 55 ff.), und F. Brune, Der erste Oberpräsident Westfalens L. Frhr. v. Vincke (Jb. 65, 1972, S. 72).

¹⁸ Hegel, a. a. O., S. 143 f.

¹⁹ P. Casser, Das westfälische Bewußtsein im Wandel der Geschichte (Der Raum Westfalen II, 2, 1934, S. 277).

²⁰ F. Keinemann, Das Kölner Ereignis, I, Münster 1974, S. 368 ff.

Konsistorialrat Th. Scheffer. Die Einsichtigen sahen es ein, daß der Weg des Ausgleichs weiter führte als der der Versteifung. Die Arbeit des Münsterschen Konsistoriums, das für das Kirchen- und Schulwesen zuständig war, bot ein Beispiel für erfolgreiche Arbeit. Vincke nahm selbst an seinen Sitzungen fast immer teil. In der ev. Abteilung hatte er einen ausgezeichneten Mitarbeiter in Ludwig Natorp²¹, mit dem er seit seiner Potsdamer Zeit verbunden war, in der katholischen Abteilung wirkten Kistemaker, Scheffer und Melchers mit.

Nicht neue Organisationen, Männer machen die Geschichte. Ein solcher war Vincke²². Seine Leistungen wurden in Berlin fast noch höher eingeschätzt als in Münster. Er genoß daher den Einfluß, der es ihm ermöglichte, manche Steine aus dem Wege zu räumen und das zu erreichen, was andere nicht erreichen konnten. Weil er selbst so bescheiden war, haben auch die Zeitgenossen viel zu wenig beachtet, was er nicht nur in der staatlichen Verwaltung, sondern auch auf kirchlichem Gebiet für Münster und die ganze Provinz geschaffen hat. Nicht zum mindesten war es mit sein Verdienst, daß die Rheinisch-westfälische Kirchenordnung nach langjährigen Verhandlungen doch verabschiedet und am 5. März 1835 eingeführt werden konnte²³.

In unserem Zusammenhang können wir nur die Werke dieses Mannes erwähnen, die für die Provinzialhauptstadt von Bedeutung wurden, wie z.B. die Errichtung der ersten westfälischen Taubstummenanstalt, von Natorp und Melchers 1822 vorbereitet, später allerdings nach Büren bzw. Soest verlegt²⁴. Neben den sozialcharitativen Arbeiten, die Vincke hier förderte, sind auch seine andersartigen Interessen der Stadt Münster zugute gekommen. Wie sein väterlicher Freund, der Frhr. vom Stein, so huldigte auch Vincke der historischen Forschung. Die vom Archivrat Dr. med. Erhard begründeten Vereine genossen seine Unterstützung²⁵. Sein Einsatz wirkte als Vorbild und beflügelte ebenso wie die pädagogische und sozialcharitative, so auch die kirchliche Tätigkeit in der Stadt. Dank seiner Förderung konnte Münster auf die ganze Provinz einwirken.

Vinckes letzte Jahre wurden durch die Kölner Wirren beschattet. Obwohl dieses mehr ein politisches als ein kirchenpolitisches, geschweige denn ein religiöses Ereignis war, hatte es für Münster, das nun seinen Gegensatz zu Preußen besonders stark erlebte, doch kirchliche Bedeutung. Für Vincke war dieser Kampf zwischen Staat und Kirche ein schwerer Schlag. Bei seiner vermittelnden Haltung, die die konfes-

²¹ Vgl. O. Natorp, B. Ch. L. Natorp, Ein Lebens- und Zeitbild, Essen 1894.

²² Brune, a. a. O., S. 82.

²³ Brune, ebd. S. 99.

²⁴ Brune, ebd. S. 105 f.

²⁵ Brune, ebd. S. 110. Außer dem Gustav-Adolf-Verein war es der Hist. Verein in Münster.

sionellen Schranken unberücksichtigt ließ, war er in seiner Überzeugung getroffen. Mit dem Grafen Spiegel war er der Meinung gewesen, daß die Berliner Konvention in der Frage der Mischehen die starre Ausschließlichkeit aufhob und eine bleibende Verständigung ermöglichen würde²⁶. Nun schien es anders zu kommen.

EB Clemens August von Droste zu Vischering hatte in Münster noch einen starken Anhang. Seine westfälischen Standesgenossen empfanden seine Verhaftung als einen auch gegen sie gerichteten Schlag. In Münster wurde gesammelt und dem gefangenen EB ein Geschenk von 3000 Thalern und 6 Pfund Tabak gemacht! Das aufregende Ereignis übte in Münster eine starke Wirkung aus. Mittelbar wirkte es auf die Frömmigkeit ein, belebte den täglichen Messebesuch und übte eine gewisse „Erweckung“ in vielen Kreisen aus. Tiefer veranlagte Männer wie Ferdinand von Galen und Wilhelm Emanuel von Ketteler empfangen hier den Anstoß zum Lesen des NTs. In bürgerlichen Kreisen, die dem Hermesianismus gehuldigt hatten, verlor die liberale Neigung an Boden. Statt dessen wurde Möhlers Symbolik und auch „Die Nachfolge Christi“ des Thomas a Kempis, die Joh. Mich. Sailer 1794 ins Deutsche übersetzt hatte, viel gelesen. Görres' „Athanasius“ fand starken Widerhall. Mochten auch einige katholische Bürger nicht so sehr für den EB sein, die Allokution des Papstes vom Oktober 1838 beeinflusste auch sie. Dennoch litt man allmählich unter den Spannungen in den eigenen Reihen und zum protestantischen Volksteil. Das Bestreben zur Einigung zu kommen, zeigte sich schon beim Jubiläum des Weihbischofs Melchers, an dem auch die protestantische Seite teilnahm. Im Mai 1840 konnte die münstersche Regierung nach Berlin melden: „Die konfessionelle Aufregung hat sich gemindert.“ Als im Juni 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, sollte dieses Kapitel bald abgeschlossen sein. Der neue König gestattete dem EB die Übersiedlung nach Münster. Seine Rückkehr wurde freilich kaum noch beachtet²⁷.

3. Die größte Erschütterung, die Münster im 19. Jahrhundert erlebte, steht fraglos in Zusammenhang mit dem sogenannten Kulturkampf. Diese Bezeichnung stammt vom Berliner Medizinprofessor Rudolf Virchow, der sie in einer Rede im Abgeordnetenhaus gebrauchte. Seitdem hat sie sich eingebürgert, obwohl sie sachlich kaum zutrifft. Wie bei den Kölner Wirren, nur in größerem Maßstab, handelte es sich um einen Kampf des Staates Preußen mit den vornehmlich in Rheinland und Westfalen, aber auch in den neuen Provinzen wirkenden antipreußischen Kräften. Ausgelöst wurde dieser Kampf freilich durch das Vatikanische

²⁶ Lipgens, a. a. O., S. 516.

²⁷ StA Münster: Oberprärs. 2153.

Konzil und die als Gegenwirkung auf seine Beschlüsse in den Jahren 1873/74 von Bismarck erlassenen Gesetze²⁸.

Am 12. Mai 1873 war das Gesetz über die kirchlichen Disziplinargewalten in Kraft getreten, dessen 24. § lautete:

Kirchendiener, welche die auf ihr Amt und ihre geistlichen Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, daß ihr Verbleiben im Amt mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, können auf Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches Urteil aus diesem Amte entlassen werden.

Aufgrund dieses Gesetzes stellte der Oberpräsident von Westfalen von Kühlwetter²⁹ beim Kultusminister Dr. Adalbert Falk³⁰ den Antrag, den Bischof von Münster Joh. Bernh. Brinkmann vor Gericht zu stellen.

Friedrich Kühlwetter (1809–1882) war selbst praktizierender Katholik, jedoch geschworener Feind des Ultramontanismus. Als Regierungspräsident in Aachen pflegte er bei der Fronleichnamsprozession mit brennender Kerze mitzugehen. Seine berufliche Laufbahn war steil. Als ungewöhnlich tüchtiger Beamter erwarb er sich so große Verdienste, daß er 1866 in den erblichen Adelsstand erhoben wurde, 1870 war er erster Zivilkommissar des Deutschen Reiches in Elsaß-Lothringen, 1871 wurde er zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ernannt. Obwohl er hier ein Jahrzehnt wirken sollte, fand er kein rechtes Verhältnis zu seiner Provinz und ihren Menschen.

Diese Tatsache ist durch den „Kulturkampf“ bedingt. Kühlwetter kam in eine vom Geist des Vaticanum erfüllte Stadt. Kurz zuvor war hier das 25jährige Papst-Jubiläum Pius IX. großartig gefeiert worden mit Häuserbeflaggung, Illumination und Fackelzug zum Bischof. Der Jesuitenorden hatte in der Stadt eine feste Position. Die münsterische Presse, der „Merkur“ und der „Münsterische Anzeiger“ trugen der Stimmung Rechnung. Der Altkatholizismus, der in Bonn und München schnell Einfluß gewann, fand in Münster keine Resonanz. Hier hielt man sich an die vatikanischen Normen und an politische Vorstellungen, die vor der „preußischen Occupation“ gegolten hatten³¹.

²⁸ StA Münster: Oberprä. Nr. 2114 und 2115 (Ausführung der Maigesetze).

²⁹ Vgl. Wigmann Art. v. Kühlwetter in ADB 17, 322–331, D. Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen, Münster 1969, S. 90 ff., und Joseph von Lauff, Spiegel meines Lebens, Berlin 1932, S. 315: „... (Kühlwetter) war ein rechtlicher Mann, von großer Erfahrung, so recht das Vorbild eines hohen preußischen Beamten, ein Mann mit frohem Pondgesicht, kurzgehaltenem, silbrigem Schnurrbart, schlohweißem Haar und Augen, die einem gütig und wohlwollend die tiefsten Nieren durchforschten.“

³⁰ E. Foerster, Adalbert Falk, Gotha 1927.

³¹ StA Münster, Oberprä. Nr. 1923. Kühlwetters Bericht an den Innenminister Grafen Eulenburg: „Es gibt auch in Westfalen Leute, welche nichts lernen und nichts vergessen.“

Als nun Bismarck gegen den politischen Katholizismus vorzugehen begann und die aufsehererregenden Gesetze erließ, die mit geringen Abänderungen von beiden Abgeordnetenhäusern gebilligt wurden, sollten sie in Münster viel schärfer einschlagen als in anderen Provinzen und Städten. Träger der Opposition waren der Adel und der von einem seiner energischen Vertreter v. Schorlemmer-Alst³² gegründete Bauernverein. Aber auch die Bürgerschaft Münsters hielt sich nicht zurück, obwohl der Oberbürgermeister Offenberg³³ eine vermittelnde Haltung einnahm. Sein Zögern meinte man damit erklären zu können, daß er finanziell nicht stark genug war, eine große Familie zu unterhalten hatte und aus diesem Grunde nicht frei auftreten konnte. In der Stadt ergab sich dennoch dasselbe Bild wie im Provinzial-Landtag: gewählt wurden nur Abgeordnete, die dem Zentrum angehörten. Die 6000 Evangelischen spielten in der Stadt keine Rolle. Für die Zuspitzung der Lage in Münster kann man keine einzelne Person verantwortlich machen, weder den Oberpräsidenten noch den Bischof. Der Gegensatz, der hier zum Tragen kam, war derselbe, der schon 1802 und 1837 bestanden hatte. Der Funke glühte immer noch unter der Asche.

Kühlwetter war der Meinung, daß der Bischof von Münster, Dr. Johann Bernhard Brinkmann, der kurz zuvor erst zu seinem hohen Amt gekommen war, seine Verpflichtungen verletzt hatte³⁴. Vor seiner Inthronisation hatte er in die Hand des Oberpräsidenten v. Duesberg als königlichen Kommissars am 29. 9. 1870 den Homagialeid geleistet. Er lautete:

Ich, Johann Bernhard Brinkmann, erwählter und bestätigter Bischof von Münster, schwöre einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und auf das heilige Evangelium, daß, nachdem ich auf den bischöflichen Stuhl von Münster erhoben worden bin, ich Seiner Kgl. Majestät von Preußen, Wilhelm I. und allerhöchst dessen rechtmäßigem Nachfolger in der Regierung als meinem Allernädigsten Könige und Landesherrn untertänig, treu, gehorsam und ergeben sein, Allerhöchst dero Bestes nach meinem Vermögen befördern, Schaden und Nachteil aber verhüten und besonders dahin streben will, daß in den Gemütern der meiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterlande, der Gehorsam gegen die Gesetze und alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Untertan bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und daß ich nicht dulden will, daß von der mir untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne gelehrt oder gehandelt werde.

³² ADB 54, S. 161 ff.

³³ Der Oberbürgermeister von Münster Offenberg war sehr zurückhaltend. Vgl. L. Fischer, *Der Kulturkampf in Münster*, hrsg. v. O. Hellinghaus, Münster 1928.

³⁴ StA Münster: Oberpräs. Nr. 2133 (Strafverfahren gegen Bischof Dr. J. Brinkmann). Weisung des Kultusministers, „den Bischof schleunigst zum Niederlegen seines Amtes aufzufordern“. Das Gerichtsurteil erging am 8. 3. 1876.

Insbesondere gelobe ich, daß ich keine Gemeinschaft oder Verbindung, sei es innerhalb oder außerhalb des Landes, unterhalten will, welche der öffentlichen Sicherheit gefährlich sein könnte, und will ich, wenn ich erfahren sollte, daß in meiner Diözese oder anderswo Anschläge gemacht werden, die zum Nachteil des Staates gereichen könnten, hiervon Seiner Königlichen Majestät Anzeige machen.

Ich verspreche, dieses alles um so unverbrüchlicher zu halten, als ich gewiß bin, daß ich mich durch den Eid, welchen ich Seiner Päpstlichen Heiligkeit und der Kirche zu leisten habe, zu nichts verpflichte, was dem Eid der Treue und der Untertänigkeit gegen Seine Königliche Majestät entgegen sein kann.

Alles dieses schwöre ich, so wahr mir Gott helfe und Sein heiliges Evangelium. Amen.

Als nun der Bischof die am 11. Mai 1873 erlassenen Gesetze über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen und des vom 4. Mai 1874 über Verhinderung und unbefugte Ausübung von Kirchenämtern ignorierte, verfaßte der Oberpräsident eine Denkschrift, in der er nachwies, daß hier Verletzungen der Mai-Gesetze vorlägen. Die Denkschrift legte er dem Kultusminister vor, der sie billigte und Kühlwetter beauftragte, den Bischof zum Rücktritt zu veranlassen, anderenfalls der Prozeß auf Amtsenthebung gegen ihn angestrengt würde³⁵.

Unter den Argumenten der Denkschrift stand voran das von der Bischofskonferenz in Fulda beschlossene Gebet, in dem es hieß, daß die katholische Kirche „von ihren Feinden in der schmachlichsten Weise verlästert, verläumdete und verfolgt wird“ und daß es bald gelingen möge, „die Tage der Trübsal abzukürzen und den ungerechten Verfolgungen ein Ziel zu setzen“. Weiter wurde dem Bischof zur Last gelegt, daß er durch Äußerungen zum Schulaufsichts- und zum Jesuitengesetz seine Diözesanen aufgereizt hätte, nicht weniger durch seine Eingabe vom 26. Mai 1873, die im „Westfälischen Merkur“ veröffentlicht wurde, und seinen Fastenbrief vom Februar 1874. Der Prozeß gegen den Bischof wurde eröffnet und endete 1876 mit dem Urteil auf Absetzung. Der Bischof war inzwischen ins Exil nach Holland gegangen. Erst 1883 wurde er vom König begnadigt.

Am meisten hatte den Oberpräsidenten in dieser spannungsreichen Zeit das Verhalten des Adels aufgebracht. Die Lage erinnerte durchaus an die Zeit der Kölner Wirren. Als der Bischof nach seiner 40tägigen Haft aus Warendorf zurückkehrte, glich sein Einzug in Münster einem Triumphzug. Wie der Oberpräsident nach Berlin berichtete, wurde der Wagen des Bischofs von adeligen Damen geleitet, „schreiend und laufend“. Um dem Einfluß des Adels zu begegnen, beantragte der Oberpräsident die Wiederherstellung der Universität, und zwar mit parität-

³⁵ Vgl. E. Hegel, a. a. O., S. 297 ff.

tischer Besetzung des Lehrkörpers. Das letztere wurde genehmigt. 1875 traten die ersten Protestanten in die Philosophische Fakultät ein. Einfluß konnten sie allerdings kaum gewinnen.

So viele Vertreter der westfälische Adel und die Münstersche Bürgerschaft gegen Bismarck und den Kultusminister Falk ins Feld schickten, so war es doch keineswegs die ganze katholische Bevölkerung, die sich auf diese Linie drängen ließ. Wir unterstreichen noch einmal, daß der Kulturkampf nur sehr bedingt als Kirchenkampf verstanden werden darf. In der Hauptsache war es ein politischer Kampf mit dem damals im Bunde mit den Liberalen stehenden Kanzler. Die Front ging durch die Konfessionen hindurch. Alois Meister hat den Nachweis dafür schon vor über 50 Jahren geliefert³⁶. Die preußischen Konservativen und das Zentrum hielten zusammen. Die westfälischen Konservativen hatten in den Jahren 1874/76 weder im Landtag noch im Reichstag einen Vertreter. Aber ihre Presse nahm deutlich zu den Ereignissen Stellung. Im Konservativen Monatsblatt hieß es 1876: „Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Kulturkampf vom Liberalismus zum Kampf gegen das Christentum ausgebeutet wird, als ein Unglück...“ Sobald die westfälischen Konservativen wieder einen Abgeordneten ins Parlament schicken konnten – es war damals der Hofprediger Stoecker, den die Ravensberger gewählt hatten –, wurde dieser nicht müde, für die Beendigung des leidigen Streites das Wort zu ergreifen³⁷.

Die Zeit eilte weiter. Kühlwetter war 1882 gestorben. In Nachrufen und Zeitungsartikeln drohte der Kampf um diesen Mann und die von ihm vertretene preußische Politik sich neu zu entzünden. Im Rückblick auf die ein Jahrzehnt zurückliegenden Ereignisse zog der Münstersche Schulrat Dr. van Endert das Fazit in einem Bericht, den er dem neuen Oberpräsidenten von Hagemeister einreichte³⁸. Van Endert betonte, daß es einen einzigen sachlichen Nachruf auf Kühlwetter gegeben habe, nämlich den der Akademie³⁹. Die Presseartikel wären leidenschaftlich, ungerecht und teilweise sogar gehässig. Der Berichterstatter benutzte diese Gelegenheit, um festzustellen, daß es in Münster in den Tagen des Kulturkampfes auch besonnene Kreise gegeben habe, die sich durchaus vom Stil des „Merkur“ distanzieren und eine ganz andere Auffassung vertraten. Mit den „besonnenen Kreisen“ meint van Endert nicht Kühlwetter und seine Beamten, sondern eine breite Schicht münster-

³⁶ Alois Meister, Die westfälischen Konservativen und der Kulturkampf, WZ 82, 1924, S. 216 ff.

³⁷ D. von Oertzen, Adolf Stoecker, I, Berlin 1910, S. 197. Vgl. schon seinen Wahlaufuf von 1879 (Neue westf. Volkszeitung vom 5. 10. 1879).

³⁸ StA Münster: Oberpräs. Nr. 1923: van Enderts Bericht vom 29. 11. 1883.

³⁹ Kühlwetter hatte die Akademie in Münster sehr gefördert. Im Jahre 1880 erhielt sie ihr neues Gebäude am Domplatz. Die Philosophische Fakultät hatte ihn schon 1875 mit dem Dr. phil. h. c. geehrt.

scher Bürger, die für einen politischen und konfessionellen Ausgleich eintrat. Er schildert Begegnungen mit Akademie-Professoren, die Falk nach Münster berufen hatte, deren religiöser Liberalismus aber so blaß und verschwommen war, daß er für den katholischen Partner geradezu zur Anfechtung wurde. Es kamen aber auch andere, mit denen sich eine christliche Gemeinsamkeit gleich ergab. Abschließend stellt van Endert fest, daß vom katholischen Volk in den folgenden Jahren ein Bann genommen war. Die Schuldfrage sollte nicht gestellt werden. Beständigkeit in allen Ehren, aber was als solche ausgegeben wurde, war häufig etwas anderes. An der Tugend der moderatio hat es auf beiden Seiten sicher gefehlt.

Kühlwetter war bei aller Korrektheit ein einseitiger und harter Charakter. In der Stadt hatte er wenig Beziehungen. Im Vergleich zu ihm war sein Nachfolger v. Hagemeister ein nachgiebiger Mann, der der Bevölkerung mit viel Nachsicht entgegenkam. In Münster war er beliebt. Seine Entlassung, zu der die Nachgiebigkeit Anlaß gegeben hatte, wurde bedauert. Die Berliner „Germania“ schrieb zu seinem Abgang: „Der katholischen Bevölkerung sei ein gerechter und wohlwollender protestantischer Beamter Hagemeister sympathischer als ein kulturkämpferischer Namenskatholik Kühlwetter“ (2.6.1889). Ob Kühlwetter ein Namenskatholik war, ist zu bezweifeln. Die Presse etikettierte ihn so, weil er eine andere Auffassung vom Katholizismus vertrat als die Kirche seiner Zeit.

In Münster trat kirchliche Ruhe wieder ein, als Konrad Studt, der spätere Kultusminister, das Amt des Oberpräsidenten übernahm. Studt hatte sich in der Sozialpolitik einen Namen gemacht. Wenn Bismarck seine Verhandlungen mit den westfälischen Bergarbeitern auch kritisierte, so war Studt doch für jene Zeit, gerade auch für die Kirchenpolitik, in Münster der gegebene Mann⁴⁰. Stadt und Provinz schätzten ihn um seiner toleranten und gerechten Haltung willen. Wie Hagemeister, so hat auch Studt an der sozialen Arbeit der evangelischen Kirche Anteil genommen und den Evangelisch-kirchlichen Hilfsverein gefördert, d. h. die kirchliche Arbeit unterstützt, die im Verständnis des ausgehenden 19. Jahrhunderts für Kirche und Gemeinde am wichtigsten war.

Studt war in Münster einer der erfolgreichsten und der beliebtesten Oberpräsidenten. Er zeigte soziale Verantwortung bei der Beilegung des Bergarbeiterstreiks von 1889. Er ergriff die sich ihm als Leiter des Provinzial-Schulkollegiums und als Kurator der Königlichen Akademie bietenden Möglichkeiten, um das Unterrichtswesen zu reformieren, wie es ihm auch als Kultusminister gelang, das Gesetz über den Unter-

⁴⁰ E. Landsmann, K. v. Studt, Berlin 1908, S. 13.

halt öffentlicher Volksschulen durchzusetzen. Die Stadt Münster hat ihren Ehrenbürger nur ungern scheiden sehen. Sie hat ihn gefeiert wie einen König. Studts geistiges Profil ist vom Idealismus geprägt. Er hielt die Pflege des religiösen und idealen Sinnes für unbedingt notwendig, um das „Gegengewicht gegen die Überschätzung materieller Güter“ zu schaffen. Mochte diese Auffassung nach unserem Urteil blaß sein, für die Jahrhundertwende war sie ein kraftvolles Bekenntnis zur höheren Bestimmung des Menschen und fand daher auch allgemeine Anerkennung.

4. Während die katholische Mehrheit in Münster, durch alle drei Phasen des Kulturkampfes erfaßt, zu einem neuen kirchlichen Bewußtsein gelangte, ist auf evangelischer Seite Vergleichbares nicht festzustellen. Die meisten preußischen Beamten evangelischer Konfession, die kürzere oder längere Zeit in Münster blieben, waren vom Bismarck-Enthusiasmus jener Tage erfaßt und merkten es nicht, wie nachteilig sich diese Haltung im Leben der evangelischen Kirche auswirkte. In Münster fanden keine Auseinandersetzungen statt wie in Minden-Ravensberg, wo Bismarcks Kampf gegen Stoecker politische Folgen hatte. Selbst Bodelschwings Einfluß reichte dort nicht aus, um Bismarcks Feindschaft gegen die Christlich-Sozialen zu dämpfen. Wenn Bismarck die Kirche nicht in der Öffentlichkeit sehen wollte, so galt es von beiden Konfessionen. Er verließ sich in diesem Stadium der Auseinandersetzungen mehr auf seinen Bankier Bleichröder und auf die hinter diesem stehenden liberalen Kräfte als auf die kirchlichen Kreise⁴¹.

In Münster trat die Führung der westfälischen Provinzialkirche um diese Zeit nicht hervor. Der Kgl. Generalsuperintendent befand sich in der oft nicht empfundenen, tatsächlich aber vorhandenen Spannung zwischen dem Staatsbeamten und dem kirchlichen Amtsträger. Die Position des Staatsbeamten konnte nicht stark sein. Dabei war Dr. J. Wiesmann ein Mann, der der preußischen Verwaltung durchaus erwünscht sein konnte. Als Konsistorialrat hatte er sich als pflichteifrig und tätig gezeigt, bei Verhandlungen Geschick bewiesen und dabei eine milde Gesinnung an den Tag gelegt. Auch bekenntnismäßig war er nicht einseitig und kam den Reformierten – was dem Dezernenten gleicher Konfession durchaus zusagte – in starkem Maße entgegen. Wenn ihn die minden-ravensbergischen Lutheraner gerade wegen dieser Vermittlungsbereitschaft ablehnten, so ignorierte Dr. Snethlage diesen Tatbestand⁴². In seinem Gutachten hob er die Eignung Wiesmanns für dieses Amt des Generalsuperintendenten so heraus, daß der Kultusminister

⁴¹ Vgl. E. Höner, Geschichte der christlich-konservativen Partei in Minden-Ravensberg (1866–1896), Bielefeld 1923, S. 30.

⁴² EOK Westfalen II, 1, vol. 1, Bl. 24–27.

v. Raumer nicht anders konnte, als diesen dem älteren Kandidaten Konsistorialrat Hammerschmidt vorzuziehen und ihn zu ernennen⁴³.

Aus Wiesmanns 25jähriger Tätigkeit als Generalsuperintendent liegen wenig Nachrichten vor. Es waren schwere Jahre. Schon die Umstellung auf die „Neue Ära“, in der der EOK zuerst gegen Bismarck stand, dann aber ganz auf seine Linie einschwenkte, brachte auch der Provinzialkirche allerlei Schwierigkeiten. Das Verhältnis war bürokratisch, von einer Zusammenarbeit war kaum die Rede. Als der EOK im Jahre 1872 die Provinzialkirchen aufforderte, Hauptprobleme zu nennen, über die bei einer Tagung in Berlin gesprochen werden sollte, stellte Wiesmann ein Sechspunkteprogramm auf:

1. Lehrzuchtverfahren,
- 2.-4. Verfassungs- und Verwaltungsfragen
(Verhältnis zu den neuen Provinzen, Pfarrbesetzung in Stellen königlichen Patronats, Zusammenlegung lutherischer und reformierter Gemeinden),
5. Schulfragen,
6. Maßnahmen gegen Säkularisierungsbestrebungen⁴⁴.

Es waren fraglos unter diesen sechs Punkten heikle Fragen, dennoch ist es auffallend, daß kein einziger von ihnen berücksichtigt wurde. Der EOK hatte nicht die Absicht, gefährliche Themata zur Sprache zu bringen, die Meinungsverschiedenheiten zeitigen oder gar in die Öffentlichkeit dringen lassen konnten. Das letzte Wort bei der Programmgestaltung hatten die Juristen. Daher ist es erklärlich, daß formale Bestimmungen dominierten. Zentralen Fragen ging der EOK aus dem Wege. Der soziale Anflug, der seinen Schreibern anhaftet, ging auch an der Sache vorbei. Man beschränkte sich auf Nebensächlichkeiten. Ohne den EOK konnten aber weder das Konsistorium noch die Provinzialsynode auf brennende Fragen zusteuern.

Der Kulturkampf ging an der evangelischen Kirche nicht vorbei. Wiesmann hätte dieses als westfälischer Generalsuperintendent, der auf dieses Amt beschränkt blieb, merken müssen. Seine Wirksamkeit wäre dann der Stadt Münster stärker zugute gekommen wie auch der ganzen Provinz. Das Geschehen der siebziger Jahre erforderte allerdings energisches und schnelles Handeln. Ob Wiesmann dazu in der Lage war, blieb fraglich.

Der frühere Kultusminister v. Mühler schrieb aus Sorge, daß sein Nachfolger sich von Bismarck zu Maßnahmen drängen ließ, die der Kirche zum Schaden gereichen würden, in der „Kreuzzeitung“ Artikel

⁴³ Ebd. Bl. 27–30. Antrag an den Kultusminister v. Raumer unter Rückgabe der Immediat-Eingaben der Pfarrer von Herford und der Pfarrer Volkening und Huchzermeyer. Vgl. H. Jordan, Sup. G. Huchzermeyer (Westf. Sonntagsblatt f. Stadt u. Land 38, 1908, Nr. 14–18).

⁴⁴ EOK: Generalia III, 17 Nr. 3839.

gegen die Maigesetze. Nach seiner Auffassung durfte ein geistiger Kampf nur mit geistigen Waffen geführt werden. Regierungsfreundliche Blätter äußerten ihr Befremden darüber, daß konservative Protestanten auf die Gesetzesvorlagen ablehnend reagierten. Man wollte nicht sehen, daß diese Gesetze sich ebenso gegen die evangelische Kirche richten konnten und tatsächlich richteten⁴⁵.

Am 21. Februar 1873 schrieb v. Mühler einen Brief an die Generalsuperintendenten, in dem er sie darauf hinwies, daß die neuen Kirchen-gesetze beide Kirchen in eine nie dagewesene Abhängigkeit vom Staat bringen werden⁴⁶. In der Annahme, daß die Briefempfänger seine Meinung teilten, forderte er sie auf, an den Kaiser zu schreiben und ihn zu bitten, die Gesetze nicht zu unterzeichnen. Wiesmann lehnte ab mit der Begründung, er müsse erst abwarten, wie das Herrenhaus stimmen werde. Sein legitimistischer Standpunkt kam darin voll zum Ausdruck. Er teilte zwar, so schrieb er weiter, v. Mühlers Ansicht, hielt aber die vorgeschlagene Maßnahme für ungeeignet. Nichtsdestoweniger mußte er dem früheren Minister mitteilen, daß er aus den verschiedensten Kreisen Westfalens Briefe erhalte, die den tiefen Ernst der gegenwärtigen kirchlichen Bewegung zum Ausdruck brächten. Einige fragten geradezu, ob es unter den gegenwärtigen Umständen nicht geboten sei, sich als Freikirche zu konstituieren. Wiesmann war in seinem Alter nicht in der Lage, zu diesem Problem, das für ihn keine persönliche Frage war, Stellung zu nehmen. Das Handeln und Entscheiden überließ er anderen.

Erst als D. Wiesmann 1882 sein 50jähriges Amtsjubiläum und das 25jährige als Generalsuperintendent feierte, ergab sich die Gelegenheit, die Gemeinsamkeit der christlichen Kirchen mehr ins Licht zu stellen. Bei der Abhängigkeit vom Staat konnte ein Zeichen auch hier nicht gesetzt werden, zumal der abgesetzte Bischof Dr. Brinkmann sich noch immer in seinem holländischen Exil aufhielt. Die Beziehungen der Kirchen blieben im persönlichen Rahmen.

Eine größere Wirksamkeit entfaltete in Münster Generalsuperintendent D. Nebe (1883–1905). Gegen Ende seiner Tätigkeit veröffentlichte er eine Übersicht, in der er das Besondere in der kirchlichen Arbeit dieser Jahrzehnte hervorhob⁴⁷. Im Grunde mußte in Münster noch immer an der Basis gebaut werden. Die Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung waren gering. Es fehlte auch an Kontinuität. Und doch war es möglich, über die „Gründerjahre“ im kirchlichen Raum bald hin-

⁴⁵ W. Reischle, Zwischen Staat und Kirche. Leben und Wirken des Kultusministers Heinrich von Mühler, Berlin 1938, S. 453. Auch F. Fabri, Staat und Kirche, 1872, S. 56 ff., warnte vor Mißgriffen im „Kulturkampf“.

⁴⁶ Ebd. S. 460 ff.

⁴⁷ G. Nebe, Evangelische Gemeindegründungen in Westfalen im 19. Jahrhundert (Jb. 5, 1903, S. 1–88).

auszukommen. Trotz der unausbleiblichen Fluktuation in der evangelischen Bevölkerung Münsters konnte D. Nebe feststellen: „das religiöse Leben ist vertieft und erweitert worden“. In seinem Bericht meint er behaupten zu können, daß auf diakonischem Gebiet in ungeahnter Weise gearbeitet worden sei und daß hier Werke entstanden, „wie sie seit einem Jahrtausend wohl in diesem Lande nicht mehr dagewesen waren“. Wenn im Verlauf des 19. Jahrhunderts in Westfalen 127 neue evangelische Gemeinden entstanden, so hatte auch die Stadt Münster ihren Anteil daran. D. Nebe, selbst Vorsitzender des Gustav-Adolf-Vereins, hatte dafür gesorgt, daß dieser Strom nicht versiege. Als 1901 mit der Erlöserkirche die zweite evangelische Kirche in Münster stand, war der Nachholbedarf noch nicht erfüllt. Durch den eifrigen Erbauer evangelischer Kirchen, D. Nebe, ist Münster auch ins Gesichtsfeld des königlichen Hofes getreten. Als 1898 Kaiser Wilhelm II. seine Orientreise unternahm und bei dieser Gelegenheit in Jerusalem die Erlöserkirche eingeweiht wurde, war D. Nebe dabei, neben Dryander, Faber und Erdmann. Bei der Einweihung hielt Nebe die Schlußliturgie⁴⁸.

Auch sein Nachfolger D. Wilhelm Zoellner (1905–1930) war in Münster, in der Provinz und bis ins Ausland ein geachteter Kirchenmann⁴⁹. Während er in Münster durch sozial-charitative Arbeit in Erscheinung trat (Diakonissenhaus, ev. Krankenhaus, Intensivierung der kirchlichen Frauenarbeit), hat er auf den Generalsynoden der altpreußischen Kirche durch seine charaktervolle Haltung starken Einfluß ausgeübt und im Auslande als einer der bemerkenswerten Vertreter der ökumenischen Bewegung und ihres gesamtkirchlichen Bewußtseins gegolten. Wer den Namen Zoellner damals nannte, meinte den lutherisch verstandenen Ökumenismus Lausanner Prägung. In Münster haben viele von ihm gelernt und sind ihm im Ausbau dieser Bestrebungen gefolgt. Das hohe Ansehen, das er selbst genoß, übertrug sich auch auf seine Provinz und seine Stadt. Für viele war Zoellner eine Autorität, der sie gern folgten.

Die diakonische Aufgabe war für D. Zoellner bei all seiner Vielseitigkeit die liebste. Dem von ihm in Münster geschaffenen Werk gab er dabei den Vorzug und wandte ihm bis an sein Lebensende die dauernde Fürsorge zu. Er hatte es aufgebaut, weil er hier eine Notwendigkeit sah. Das Diakonissenmutterhaus hatte sich auch in kurzer Zeit stark entfaltet und einen eigenen Charakter ausgeprägt, der sich von dem Sareptas in Bethel nicht unmerklich unterschied. Es hatte sich auch bald über die Stadt hinaus Geltung verschafft. Unter der Leitung von Professor D. H. Schreiner war es ein Muster geistlicher Geschlossenheit.

⁴⁸ Vgl. H. Kurtz, Lehrbuch der Kirchengeschichte, II, 2, Leipzig 141906, S. 104.

⁴⁹ Vgl. RGG 36, 1962, 1927. Zoellers ökumenische Bedeutung bleibt dort seltsamerweise unerwähnt.

Die westfälischen Generalsuperintendenten in Münster konnten daher nach ihrer geistlichen Bedeutung mit den katholischen Bischöfen verglichen werden. Sie waren im Verlauf des 19. Jahrhunderts die eigentlichen Vertreter der theologischen Bildung. Als nach 1875 einige Professoren evangelischen Bekenntnisses an die Akademie berufen wurden und ihre Tätigkeit in der Philosophischen Fakultät aufnahmen, waren unter ihnen nur wenige, die stärkeren Einfluß auf die Kirchengemeinden ausüben konnten. Dieses galt vor allem vom Mathematiker Bachmann, der durch sein charaktervolles Auftreten sich große Achtung erwarb.

Anders geworden ist es erst, nachdem am 15. Oktober 1914 eine Evangelisch-Theologische Fakultät eröffnet worden war. Einige der erstberufenen Professoren, wie der erste Dekan Prof. D. Julius Smend⁵⁰, bedeutete für die Stadt nicht wenig, zumal er als Vorsitzender der Bach-Gesellschaft für das kirchenmusikalische Leben Münsters etwas austrug, oder Hugo Rothert, durch den Münster zum Vorort des Vereins für westfälische Kirchengeschichte wurde⁵¹. Die Wiederherstellung der Universität führte der Stadt viele neue Kräfte zu. Münster blieb keine Provinzstadt üblicher Art. Die geistigen Bewegungen, die sich in jenen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland auswirkten, schlugen ihre Wellen auch hierher. Wer sich mit der kirchlichen Jugendbewegung beschäftigt, konnte an dem Namen Wilhelm Stählin nicht vorübergehen, und wer den Einfluß der Theologie in der Weimarer Zeit erfassen will, kann ebenso wenig die Tätigkeit Karl Barths in Münster ignorieren⁵². Mögen die aufgezählten Erscheinungen nur Teile des Ganzen sein oder Randgebiete berühren, so hat das kirchliche Leben Münsters durch sie Auftrieb bekommen, der für die genannte Zeitepoche bemerkenswert war.

⁵⁰ Vgl. RGG 36, 1962, 111.

⁵¹ Vgl. W. Rahe, Hugo Rothert, Pfarrer und Kirchenhistoriker (Jb. 65, 1972, S. 9–51).

⁵² Vgl. R. Stupperich, Der Weg der Ev.-Theol. Fakultät in Münster durch vier Jahrzehnte. In: Die Ev.-Theol. Fakultät der Universität Münster 1914–1954 (Schr. d. Ges. f. Förderer der WWU zu Münster H. 34), Münster 1955, S. 32.